



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Kaindl, R.F.: Die polnische Frage von Juni bis September 1917

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Die polnische Frage von Juni bis September 1917

Von Universitätsprofessor Dr. R. f. Kaindl



n unserem ersten Berichte über die Entwicklung der polnischen Frage\*) wurde am Schlusse gezeigt, wie unter dem Einflusse der russischen Revolution die radikalen Elemente unter den Polen sich stärker sichtbar machten. Jene Polen, die aus verschiedenen Gründen nach Rußland neigen, konnten für das freie Rußland noch nachdrücklicher agitieren, als für das zaristische. Aber auch in dem anderen polnischen Lager machte sich eine extreme Richtung geltend. Es kamen die erhöhten Forderungen des polnischen Staatrates (1. Mai) und als ihnen nicht sofort willfahrt wurde, die vorübergehende Einstellung der Arbeit dieses Staatrates (17. Mai). Gleichzeitig haben die österreichischen Polen den Kampf für die Sonderstellung Galiziens aufgegeben und als ihre einzige Forderung das geeinigte Polen mit dem Zutritt zum Meere (durch preußisches Gebiet) erhoben. Diesem Begehren mußten sich auch die vorsichtigen Krakauer Konservativen anschließen (26. Mai). Zugleich trat der Polenklub in Opposition zur österreichischen Regierung. Die weitere Entwicklung der Krise bis zum Erscheinen des zweiten kaiserlichen Patentens vom 12. September 1917 soll auf folgenden Seiten zusammenfassend geschildert werden.

\* \* \*

Vor allem haben wir in den letzten Monaten in das Treiben der ruffophilen und ententefreundlichen Polen besseren Einblick gewonnen.

Noch am 1. Juli durfte das polnische Staatsratsmitglied Lompicki behaupten\*\*), daß alle Polen den Aufbau ihres Staates im Bündnis mit den Centralmächten wünschen und von einem Zusammengehen mit Rußland nichts wissen wollen, und die Zeitschrift „Mittel-Europa“ druckt diese Erklärung ohne kritische Bemerkung ab. Seither ist allerlei bekannt geworden, was die Warnung vor dem Treiben der panslawistischen Polen nur zu sehr berechtigt erscheinen läßt. Wie seit Jahrhunderten, so sind diese Polen auch gegenwärtig ein starkes Hemmnis für die ruhige Entwicklung Polens. Aber auch die „Emigranten“ in Westeuropa sind ebenso, wie vor 1863, wieder an der Arbeit. Als ihr Führer erscheint der ehemalige Dumaabgeordnete Dmowski, der bekannte Gründer

\*) „Grenzboten“ Nr. 29 vom 18. Juli 1917.

\*\*) Diese und andere Nachrichten, die im folgenden verwendet sind, entnehme ich der neuen Zeitschrift „Mittel-Europa“ (Berlin).

des Neoslavismus, der den Zweck hat, die Polen für Rußland zu gewinnen<sup>\*)</sup>. Diese Emigranten werden freilich ebenso wie ihre Vorläufer im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert nur Verwirrung und Unruhen hervorrufen und der polnischen Sache nur Schaden zufügen.

Das Moskauer „Echo polski“ vom 9. Juni ruft alle politischen polnischen Parteien Petersburgs zur Einigkeit. „Die gesamte polnische Emigration verlangt die Schaffung eines Organs, das die polnische Politik in der Fremde und ihre Kundgebungen vereinheitlichen würde, und von einem einzigen Gedanken befeelt, müssen wir endlich ein gemeinsames politisches Programm festlegen.“ Wie man sieht, ist von einer großen Einigkeit und einem Zusammenschluß noch wenig zu spüren. Den Hauptgrund der Uneinigkeit verriet ganz klar die wenige Wochen später in Kiew abgehaltene Konferenz. Hier zeigte es sich, daß die polnischen Nationaldemokraten mit dem polnischen Staatsrat in Warschau nichts zu schaffen haben wollen und ihn nicht als polnische Nationalregierung anerkennen. „Wir wünschen“ — führte ein Redner in dieser Richtung aus — „ein großes Polen mit Galizien, Posen und Danzig und für ein solches Polen wollen wir kämpfen, ohne Rücksicht auf die Befehle Warschaus, da Warschau sich jetzt nicht frei aussprechen kann.“ Freilich blieben in Kiew die Nationaldemokraten in der Minderheit. Die Mehrheit beschloß eine Kundgebung, in der sie ihre Übereinstimmung mit der Mehrheit des Volkes im Königreich Polen ausdrückt. Aber schon der Moskauer Polenkongreß (Emigrantenkongreß) hat ein anderes Aussehen. Hier kam (nach den dagegen gerichteten Ausführungen des polnischen Staatsratsmitgliedes Kostworowski vom 3. September) eine durchaus russenfreundliche Stimmung zur Geltung. Über hundert polnische Parteien und Organisationen sprachen sich gegen die Mittelmächte aus und forderten ein Polen mit dem Ausgang zum Meere an der Weichselmündung. Das veranlaßt Kostworowski gegen dieses Treiben der Emigranten Stellung zu nehmen: „die Leitung der polnischen Politik müsse sich im Heimatland befinden, wo volle Verantwortlichkeit herrscht. Leichtfertige Emigrantenpolitik könne, wenn sie auch im guten Glauben gemacht werde, dem Lande großen Schaden verursachen und den erzielten Erfolg vernichten.“ Mit der Politik eines Teiles der Polen in Rußland hängt selbstverständlich auch der Plan der Bildung einer polnischen Armee in Rußland zusammen, der jedoch von anderen Polen und Kerenski bekämpft wird. Sonst werden aber offenbar die Bestrebungen der Polen in Rußland überaus gefördert, weil ja Polen an und für sich verloren ist und man sich der Polen als Gegengewicht gegen die gehafteten Ukrainer zu bedienen hofft.

Wie in Rußland arbeiten die Emigranten auch in anderen Ländern.

England hat sich früher um Polen gar nicht gekümmert; erst nachdem die Zentralmächte mit der Erklärung vom 5. November an die Errichtung Polens

<sup>\*)</sup> Darüber vgl. mein „Polen und die polnisch-ruthenische Frage“, 2. Aufl. (Leipzig, Teubner).

schritten, begann die Konkurrenzarbeit. Im April fand eine Konferenz in London statt, die der schon genannte Schöpfer des russophilen Neoslawismus Dmowski leitete. Der Beschluß dieser von der englischen Regierung geförderten Konferenz geht dahin, ein großes Polen von Meer zu Meer (mit Kurland, Litauen, Ukraina, Galizien) zu bilden, das an Stelle des zerrütteten Rußland als treuer Verbündeter Englands dem Drang Deutschlands nach dem Osten ein Ziel setzen soll. Dieses Polen hofft auch auf die Mitwirkung der Slawen Österreichs. Nach der „Gazeta Poranna“ (8. Juli) hat ein Artikel im „Fortnightly Review“ die Ansicht vertreten, daß zur Herstellung des europäischen Gleichgewichtes ein Großpolen mit Posen und Danzig (vgl. die Maibeschlüsse der österreichischen Polen!) und ein tschechisch-slawisches Reich gebildet werden müsse. Man sieht, daß diese Pläne schon mit dem Zusammenbruche Rußlands infolge der Revolution rechnen, aber auch die Slawisierung Österreichs zur Voraussetzung haben. Ähnliches berichtet der Krakauer „Czas“ vom 9. August. Auch nach diesen Ausführungen hat England früher die Unterordnung Polens unter Rußland gewünscht und das ist auch jetzt noch die offizielle Anschauung. In der Presse wird aber immer häufiger mit einem selbständigen Polen gerechnet, das nach dem Falle Rußlands ein Bindeglied in der Umzingelung Deutschlands sein soll. Österreich soll bestehen bleiben, jedoch für die Ziele Englands gewonnen werden, das das Protektorat über die westlichen Slawen übernehmen will. Die politische Macht Österreich-Ungarns soll gebrochen werden. Dazu müßte Polen helfen, das auch bei der Slawisierung Österreichs Handlangerdienste zu leisten hätte.

Sehr rührig sind die polnischen Emigranten in der Schweiz. Am 24. Juni fand beim Mausoleum in Rapperswyl eine polnische Feier statt, bei der die Bildung eines aus allen drei gewaltsam voneinander getrennten Teilen Polens geeinigten unabhängigen Staates mit freiem Zugang zum Meer mit Danzig gefordert wurde. Im Juli lief durch die Blätter die Nachricht, daß die Polen in der Schweiz das Programm eines großslawischen Reiches ausgearbeitet hätten, welchem die Russen, Polen und Tschechen angehören sollen, also auf der neoslawistischen Grundlage Dmowskis. In Lausanne arbeitet eine polnische Agentur, die nach den Ausführungen des in Lissa erscheinenden „Kraj“ das „staats-schaffende Lager“ in Polen diskreditiert und sich demnächst zur polnischen Regierung im Ausland aufrufen wird. Den Staatsrat erklärt diese Agentur, zu deren vorzüglichsten Vertretern die Nationaldemokraten Dmowski, Piłz und Sapola gehören, als Verräter. Gegen dieses Treiben sollte, nach der Meinung des „Kraj“, der polnische Staatsrat scharfen Protest erheben.

In jüngster Zeit (Anfang September) hören wir nun tatsächlich, daß sich in Frankreich eine polnische Regierung, mit Dmowski an der Spitze, gebildet hat. Zugleich hat der Präsident der Republik eine polnische „Armee“ ins Leben gerufen, die sich aus polnischen Staatsangehörigen Amerikas rekrutieren soll. Der unter den französischen Emigranten in Paris bekannte Dr. Zielinski

veröffentlichte am 3. August einen Aufruf, in dem er in phrasenreicher Sprache alle Polen zum Eintritt in die Armee auffordert, um an der Seite des heroischen und unsterblichen Frankreich zu kämpfen.

Es ist selbstverständlich, daß alle diese Pläne in den Ententestaaten nur im Interesse dieser Mächte selbst erörtert werden; ebenso wie schon Napoleon die Polen nur für seine Zwecke mißbraucht hat. Die Westmächte haben ihre Aufmerksamkeit Polen erst zugewendet, nachdem die Zentralmächte durch den Akt vom 5. November ihren Entschluß kundgetan hatten. Aber auch gegenwärtig, solange Rußland an ihrer Seite kämpft, müssen die offiziellen Kreise der Entente ihre Anschauung der russischen anpassen. Sie erklären daher auch stets die polnische Frage als eine innere russische Angelegenheit. Dies alles weiß man genau in den nüchtern denkenden polnischen Kreisen und daher treten auch die Blätter dieser Richtung gegen das Treiben der Emigranten und der Ententemächte auf. Wie der „Kraj“, so tritt auch der Krakauer „Gaz“ gegen die Lausanner Agentur und die ententefeindliche Wühlarbeit gewisser polnischer Kreise auf. Sehr scharf verurteilt auch der „Dziennik Narodowy“ (Petrikau) diese Richtung. Anlässlich der Pläne der Polen in der Schweiz, eine polnische Regierung außerhalb Polens zu errichten, bemerkt diese Zeitschrift (14. Juli), daß das alles nur möglich sei, weil der Staatsrat gegenüber solchen „bubenhaften“ Richtungen zu tolerant sei. „Eine größere Entschiedenheit und Konsequenz in den Handlungen würde vielen Versuchen und Ansinnen ein Ende setzen, die entweder dem bösen Willen oder dem Fehlen des Verantwortlichkeitsgefühls zuzuschreiben sind.“ Geht es so weiter, bemerkt das Blatt, so wird es drei polnische Regierungen geben: eine, die es mit den Zentralmächten hält, eine ententefreundliche und endlich eine, die für die strenge Neutralität Polens eintritt und etwa in einem neutralen Staate ihren Sitz aufschlägt. Dazu sei bemerkt, daß tatsächlich die drei angebotenen Richtungen unter den Polen bestehen: die den Mittelmächten zuneigende ist die aktivistische, die die Bildung des polnischen Staates jetzt vollziehen will und für die sofortige Bildung einer polnischen Armee war, die an der Seite der Zentralmächte mitkämpfen soll. Ihr gegenüber stehen die ententefreundliche und die neutrale oder passivistische. Die erstere will mit der Entente Polen errichten; letztere hofft, daß ihr Polen ohne tätigen Anteil zufallen wird, da doch alle Staaten die Unabhängigkeit Polens anerkannt haben, es also notwendig nach dem Kriege entstehen muß. Im Gegensatz zu den Aktivisten verschieben die beiden letzten Parteien die Errichtung Polens auf die künftige Kongreßzeit.

Kann man sich wohl kläglichere Verhältnisse vorstellen, als die es sind, die aus den Zitaten polnischer Blätterstimmen sich ergeben! Wir ersehen, daß die Führer der Polen wie seit Jahrhunderten unter sich uneinig sind, daß sie von fremden Mächten sich gewinnen lassen und gegeneinander wühlen\*). Der

\*) Man vgl. mein „Polen“.

berüchtigte ruffophile Pole Dmowski ist der hervorragendste Führer der Polen in den Ententeländern. Aus der ergebnislosen Emigrantenwirtschaft 1795 bis 1863 haben viele Polen nichts gelernt. Nicht dieser Wühlarbeit verdanken die Polen ihre Erfolge in den letzten Jahrzehnten, sondern dem deutschen Krieg von 1866 und den Siegen der Zentralmächte in den letzten Jahren. Mit Recht wirft der Krakauer „Gazet“ den Emigrantentreifen vor, daß sie nicht einmal den Umstand klar zu erfassen vermögen, daß die Entschliebung vom 5. November von den Mächten herrührt, die die polnischen Länder in Händen halten, während die Erklärungen der Entente nur Akte in „partibus“ sind.

\* \* \*

Das Treiben der Emigranten der allpolnisch-ruffophilen-ententefreundlichen Kreise ist um so verderblicher, als sie selbstverständlich auch in Polen und Galizien ihren Einfluß üben. Wie die Emigranten vor 1863, so agitieren natürlich auch die neuen in diesen Ländern für ihre Ideen im Interesse der Entente.

Schon in unserem ersten Artikel wurde auf die Wühlarbeit in Polen hingewiesen und dafür polnische Stimmen zitiert. Seither ist es nicht besser geworden. Wir sehen davon ab, daß bald hier, bald dort von der Entlarvung eines „ruffischen Provokateurs“ berichtet wird; in Lublin saß einer sogar im Gemeinderat. Eben solche „Provokateure“ haben aber auch die anderen Ententemächte. Es genügt auf folgende Äußerung der „Godynia Polski“ vom 30. Juli hinzuweisen: „Heute, wo sich unser Geschick entscheidet, wo unsere Zukunft noch im Abgrunde der Ungewißheit schwebt, gelangen zu uns aus fernen Ländern, unseren bisherigen Richtlinien, fremde und doch bekannte Stimmen, da sie die Passivisten und den Geist der Negation in einen Kreis vereinen, der sich zum Kampf mit dem entstehenden polnischen Staate vorbereitet. Sie benachrichtigen ihre politischen Freunde von dem Stand ihrer Bemühungen und behaupten, daß England, jener entscheidende Faktor der Koalition, beschloß, Deutschland endgültig zu zerschmettern und an dessen östlicher Grenze einen polnischen Staat, durch ein Bündnis mit England vereint, zu bilden. Die nationaldemokratischen und ‚realpolitizierenden‘ polnischen Elemente weisen wiederum ihren im Lande verbliebenen Genossen die Wege, die ihre Tätigkeit betreten soll. Vor allem müssen sie sich also bemühen, daß Polen durch seine Stellung zu England und dessen Interessen die ‚Gewogenheit‘ Englands gewinne. Auf welche Weise das eintreten könnte, dafür geben sie ein vortreffliches und einfaches Rezept: ‚alle Anstrengungen zur Bildung einer polnischen Armee, die mit den Zentralmächten gegen die Koalition kämpfen könnte, sind zu hemmen. Man darf auch nicht zulassen, daß sich Polen diplomatisch mit den Zentralmächten durch die Person des durch diese Staaten ernannten Regenten verbindet. Endlich soll man sich bemühen so geschickt vorzugehen, daß die Ämter und Behörden, die als Ergebnis des Aktes vom 5. November entstehen könnten, in die Hände vertrauter und entschiedener Anhänger der durch die Entente verbundenen poli-

tischen Gruppen kämen, und keinesfalls dürfte zugelassen werden, daß entschieden aktivistische und gradlinig auf der Basis des Novemberaktes stehende Elemente irgendwelchen Einfluß erlangen."

Es ist selbstverständlich, daß nach diesem Rezepte wirklich auch verfahren wurde, daß darauf alle Unzukömmlichkeiten, das Wühlen gegen die Zentralmächte, die Ohnmacht des von diesen eingesetzten Staatsrates, dessen Rücktritt im Mai und am 29. August zurückzuführen sind. Staatsrat Lempicki mußte am 7. August in „Głos" gestehen, daß die polnische Regierung gegen eine neutralistische (passivistische) und ententefreundliche Strömung zu kämpfen hat. Mit Recht schreibt er einige Tage früher dieses Chaos den Vertretern der „polnischen Gesellschaft" zu. Mit Unrecht will er und andere dafür aber auch die Regierungen der Mittelmächte dafür verantwortlich machen, weil diese nur zögernd den Ausbau Polens vollzogen. Dieses Zögern war durch die Erkenntnis bedingt, die man mit den Verhältnissen in Polen gemacht hatte: es gibt eben da keine regierungsfähige Partei, die dem Treiben der anderen standhalten könnte.

Die beste Illustration zu diesen Zuständen in Polen bildet der Fall Pilsudski und das Schicksal der polnischen Armee. Die polnische Legion, die sich zumeist aus Galizien und der Bukowina rekrutierte und der übrigens auch Deutsche und Ruthenen angehörten, hat unstreitig mit Begeisterung gekämpft und verdiente daher Anerkennung, wenn auch solche Freikorps im modernen Kriege nur geringe Bedeutung haben. Diese Legionen waren nun (obwohl zum größten Teil Österreicher!) zum Ruder des neuen polnischen Heeres bestimmt worden. Damit begann der Zerfallsprozeß. Schon im Juni berichteten die Zeitungen, daß die gesamte Werbetätigkeit für das polnische Heer eingestellt wurde. Bald darauf hören wir von unangenehmen Vorgängen bei der Bereidigung der polnischen Truppen in Warschau. Durch die Agitation des russischen Abenteuerers Pilsudski ist die gesamte Organisation unterwühlt worden. Die meisten aus dem Königreich stammenden Legionäre verweigerten den Eid, weil sie offenbar von Pilsudski für seine Sonderabsichten verpflichtet wurden, über die allerlei Gerüchte im Umlauf sind. Am wahrscheinlichsten ist doch, daß Pilsudski zur Verbindung mit Rußland hinneigte und für die in Rußland arbeitenden russophilen Allpolen die Legion in Anspruch nehmen wollte. Deshalb protestierte das Oberste polnische Nationalkomitee (Krausauer Konservativen) „gegen alle Versuche der Organisation des polnischen Heeres und der Schaffung eigenmächtiger Regierungen außerhalb der Grenze des polnischen Gebietes". Gleichzeitig verurteilte es jene Treibereien, die zum Zwiespalt in den Legionen geführt haben. Bekannt ist, daß ein Teil der Legionäre schon im August um Veretzung zu den I. und II. Truppen bat, und daß die Reste der Legion an die Ostfront trotz des Widerstrebens gewisser polnischer Kreise kommandiert wurden. Da alle Hoffnungen auf die Aufstellung eines polnischen Heeres infolge der russophilen und ententefreundlichen Agitation

scheiterten, blieb den Mittelmächten nichts anderes übrig, als den gesunden aus Österreich stammenden Teil der Legionen vor dem Verderben zu retten. Weniger bekannt ist, daß die Legionäre bei ihrem Abschied von Warschau an die Bevölkerung einen Aufruf erließen (24. August), in dem das Treiben in Polen, das Vorgehen Pilsudskis, die kindischen Konspirationen, die Latenlosigkeit in schärfster Weise gebrandmarkt werden. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Der polnische Soldat geht weit in die Welt hinaus durch Schuld der eigenen Nation. In Polen hat er nichts mehr zu tun, das ist die schreckliche Wahrheit.“

Wenn der Staatsrat sich trotz dieser Polen verderblichen Treibereien für Pilsudski einsetzen mußte und sogar deshalb zurücktrat, trotzdem die Erfüllung weitgehender Zugeständnisse durch Österreich und Deutschland bevorstand, so ist das nur ein Beweis, wie schwach die Stellung der gemäßigten, den Mittelmächten geneigten Kreise ist, und es war nur sehr berechtigt, daß die Mittelmächte nur zögernd die Verwaltung aus ihren Händen gaben\*).

Wie in Polen so wird das polnische Leben in Galizien und Österreich durch die panslawistische und ententefreundliche Richtung beeinflusst. Schon vor dem Kriege hat sich dieser aus der Fremde nach Galizien gebrungene Zwang der Anhänger Dmowskis geltend gemacht und die ruhige Richtung der Krakauer Konservativen (Stancyken), denen die österreichischen Polen ihre großen Erfolge verdanken (vgl. mein „Polen und die polnisch-ruthenische Frage“), an die Wand gedrückt. Seit dem Kriege ist dieser Einfluß noch stärker geworden. Wir werden schon für die Maibeschlüsse und das Auftreten der österreichischen Polen im Juni (vgl. den ersten Artikel) diese Einflüsse verantwortlich machen und ebenso ihnen die weitere Entwicklung zuschreiben müssen. Die volle Bestätigung dieser Ausführungen bietet der Krakauer „Gaz“ vom 9. August. In dem Artikel „Geheime Instruktionen“ wird ausgeführt, daß gewisse Kreise und Parteien des Polenklubs ihre Instruktionen aus England von Herrn Dmowski beziehen, der eifrig darauf bedacht ist, daß die zu fassenden Resolutionen nicht England nahe treten.

Dadurch erklärt sich die gesamte widerspruchsvolle und schwankende Politik der österreichischen Polen. Kaum war der Polenklub infolge des Druckes der extremen Faktoren anfangs Juni in Opposition zur Regierung getreten, so zeigte sich doch wieder ein Teil der Abgeordneten bereit, nach altgewohnter Weise zur Regierung in Beziehungen zu treten und ihr gegen entsprechende Konzessionen Gefolgschaft zu leisten. Verschiedene polnische Herrenhausmitglieder betonten am 28. Juni, daß sie das alte Verhältnis zu Österreich aufrechterhalten wollen. Graf Pininski erklärte, daß die Polen nur in Verbindung mit der Monarchie eine bessere Zukunft erwarten und in dem Träger

\*) Böllig verkehrt ist die von S. von Eckardt in „Mittel-Europa“ Heft 11 S. 109 geäußerte Anschauung.

der österreichischen Krone den Förderer „unserer durchaus legitimen Bestrebungen und Hoffnungen finden.“ Bilinski betont, daß es das eingestandene Ziel und Programm der österreichischen Regierung war, das Königreich Polen zur Monarchie zu bekommen, und er bekennt, daß dies auch sein Wunsch sei. „Wir glauben daran, daß die Zentralmächte siegen werden. Wenn sie siegen, müssen sie das Königreich Polen erobern; wenn das geschieht, muß das Königreich Polen der Monarchie einverleibt und in der Monarchie unter dem Zepher unseres Kaisers mit Galizien ein selbständiges Königreich Polen gebildet werden, wie das bezüglich Österreichs und Ungarns der Fall ist.“ Ähnliche Gedanken findet man in der Rede des Erzbischofs Theodorowicz am 30. Juni. Diese Richtung, die die Krakauer Konservativen und das „Oberste polnische Nationalkomitee“ vertreten, konnte sich aber nicht durchringen. So tauchte im Juli der Plan auf, den Polenklub in einen lockeren polnischen Verband umzuwandeln, was auf die starken inneren Gegensätze hinweist. Ende Juli wurde schon wieder beschlossen (selbstverständlich unter dem Druck der Extremen), gegen die Regierung in Opposition zu treten, angeblich weil in Galizien die Zivilverwaltung nicht hergestellt worden sei. In Wirklichkeit setzte dies die extreme Partei als Demonstration wegen der Verhaftung Pilsudskis und gegen die deutschen Verwaltungsbehörden durch. Dann kamen anfangs August die zweitägigen Beratungen in Krakau, die die bestehenden Gegensätze verraten. In der inneren Politik standen sich zwei Anträge gegenüber, von denen der mildere siegte, darnach der Klub eine abwartende Stellung einzunehmen beschloß und seine Gefolgschaft von der Erfüllung seiner Forderungen durch die Regierung abhängig machte. Auch in der äußeren Politik überwog die realpolitische Richtung: es wurden zwar die Beschlüsse vom 28. Mai (Polens Zutritt zum Meere) wiederholt; die Forderung nach baldiger Schaffung einer nationalen Regierung in Polen und der Armee waren aber gemäßig, und der sozialdemokratische Demonstrationsantrag auf Übertragung des Kommandos der polnischen Armee auf Pilsudski ist mit 24 gegen 19 Stimmen abgelehnt worden. Den Antrag der Sozialdemokraten auf Verwandlung des Polenklubs in einen losen nationalen Verband ließ der Klubobmann nicht zur Beratung kommen. Diese Vorgänge, verbunden mit den gleichzeitig in Krakau stattfindenden Straßentravallen, beweisen zur Genüge die zweigeteilte Stimmung. Bezeichnend ist auch, daß die Nationaldemokraten gegen die sofortige Bildung der nationalen Regierung im Königreich Polen stimmten. Die Gründe für diese Gegensätze verrät uns der „Gaz“ in dem schon oben zitierten Artikel vom 9. August.

Ein weiterer Beweis der bestehenden Gegensätze ist der Versuch der Auflösung des Obersten polnischen Nationalkomitees, das bekanntlich im Sinne der gemäßigten Krakauer Konservativen (Polen und Galizien in Verbindung mit Österreich) gearbeitet hat. Dieses Komitee hat zwar nach Übernahme der Legionen durch den Warschauer Staatsrat seine Tätigkeit eingestellt (24. Januar

1917); als aber der Staatsrat versagte, das polnische Heer nicht zustande kam, nahm das Komitee seine Arbeiten wieder auf. Im August begann die Duer-treiberei gegen seinen Bestand. Die Beratungen darüber fanden am 2. September in Krakau statt und zeigen die gewaltige Kluft zwischen den polnischen Parteien. Abgeordneter Witos stellte im Namen der polnischen Volkspartei den Antrag, man solle das Präsidium des Polenklubs beauftragen, einen Liquidationsaus-schluß für die Angelegenheiten des Obersten Nationalkomitees einzusetzen, und verlangte eine namentliche Abstimmung darüber unter Ausschluß der Herren-hausmitglieder. Über diesen Antrag entwickelte sich eine lange und heftige Debatte, besonders aber über die Stimmberechtigkeit der Herrenhausmitglieder, die von den Sozialdemokraten, der Volkspartei und den Nationaldemokraten heftig bekämpft, hingegen von den Demokraten und den Konservativen ver-teidigt wurde. In diese formelle Debatte wurden auch politische Erklärungen und Anträge einbezogen. So stellte Abgeordneter Wysocki einen Antrag, worin unverzügliche Bildung der polnischen Regierung und des polnischen Heeres ver-langt und gegen alle Versuche, eine polnische Regierung und ein polnisches Heer außerhalb Polens zu bilden, protestiert wurde. Einen Sturm rief die vom Grafen Tarnowski im Namen der Konservativen abgegebene Erklärung zugunsten der Aufrechterhaltung des Obersten Nationalkomitees hervor. In dieser Erklärung wird betont, daß der am 28. Mai in Krakau gefasste Beschluß von gewissen Parteien dazu benützt wurde, in Polen den Staatsrat zu stürzen und es nicht zur Bildung einer polnischen Regierung und Armee kommen zu lassen, und in Galizien die seit einem halben Jahrhundert mit Erfolg befolgte Politik zu Falle zu bringen. Die Konservativen sehen es für eine politische Pflicht an, die Proklamation vom 5. November, durch die ein unabhängiges Polen gebildet wird, zu unterstützen, also die Entstehung einer polnischen Armee und Regierung zu fördern, in Österreich aber eine Politik, die als aufrichtig staatserkhaltend heute die einzige Bürgschaft der politischen Einheit des polnischen Bestandes im Bereiche Galiziens und des polnischen Einflusses in der Mon-archie bildet, aufrechtzuerhalten. Diese Erklärung wurde schon während des Verlesens durch große Lärmstößen unterbrochen. Abgeordneter Glombinski er-klärte im Namen der Nationaldemokraten, seine Partei lasse es nicht zu, die Beschlüsse vom 28. Mai zu bezweifeln und betrachte das Oberste National-komitee als nicht existierend, da alle Vertreter der anderen Parteien aus ihm ausgetreten seien. Hierauf verließen die Mitglieder der Volkspartei, der Sozial-demokraten, der Nationaldemokraten und die Angehörigen der polnischen Na-tionalvereinigung den Sitzungssaal,

Seither stehen die Konservativen und ihre gegnerischen Parteien im offenen Streit; sie bekämpfen sich in den Zeitungen und die Sozialdemokraten sind aus dem Nationalkomitee ausgetreten, weil dieses bloß zum Vorteile der konser-vativen Politik arbeitet und die aus der Opferwilligkeit des ganzen Volkes geflossenen Mittel mißbraucht. Ebenso ist im Polenklub wieder eine Krise aus-

gebrochen, der Obmann Lazarski trat zurück und um die Wiederbesetzung seiner Stelle spielen sich harte Kämpfe ab.

So zeigt das Getriebe der Polen im Ausland, in Polen und in Österreich die größte Haltlosigkeit\*). Wie seit Jahrhunderten, so ist auch jetzt jede ruhige Entwicklung gelähmt. Deshalb war auch dem polnischen Staatsrat kein Erfolg beschieden. Die kaiserlichen Patente vom 12. September versuchen die polnische Sache wieder in ruhigere Bahnen zu lenken. Es wird sich zeigen, ob dieses Entgegenkommen irgendwelche Frucht zeitigen wird.

\*) Diese Entwicklung habe ich, soweit es mir die Zensur möglich gemacht hat, schon in meinem „Polen“ angedeutet (zweite Auflage S. 105 und 107). Deshalb habe ich schon im Herbst 1914 bis zur Befestigung der Verhältnisse für die Ostländer militärische Verwaltung gefordert (vgl. „Deutsche Siedlung im Osten“ und „Polen“).



## Deine Glocken

Hörst du deine Glocken schlagen?  
 Wie die Wellen  
 Ihrer Töne schwellen?  
 Zur Vollendung will ihr Strom dich tragen.

Alle Hämmer schmieden deine Stunde.  
 Jede Welle lindert eine Wunde.  
 Alle Zeiger, schließen sich die Kreise,  
 Weisen still zum Ziele deiner Reise:  
 In den Sternen wohnen keine Plagen.  
 Hörst du deine Glocken schlagen?

May Bittrich

